

Das Frankreich de Gaulles: eine Wende?

I

Während Politologen und Soziologen noch im Begriff sind, die Resultate der französischen Parlamentswahlen vom 5. und 12. März dieses Jahres aufs genaueste zu analysieren, während die Theoretiker weiterhin die seit über acht Jahren aufgeworfene Frage erörtern, ob der „Gaullismus“ als Phänomen eine vorübergehende Erscheinung der französischen Gesellschaft, eine moderne Abart des Bonapartismus, oder — wie andere glauben — die adäquate Regierungsform des „technokratisierten Neo-Kapitalismus“ sei, herrscht indessen relative Einstimmigkeit, was die unmittelbare Auswirkung der Wahlen zur Nationalversammlung betrifft: de Gaulle und das von ihm repräsentierte System haben eine Schlappe erlitten.

Die trockenen Ziffern sprechen in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Nur knapp 38 vH der Wähler haben sich im ersten Wahlgang vom 5. März für die mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda- und Geldmitteln präsentierten gaullistischen Kandidaten ausgesprochen, und nur eine einzige Stimme Mehrheit hatten die gleichen Kandidaten im Parlament, als dieses, nach der Stichwahl vom 12. März, am 3. April zu seiner ersten Sitzung zusammentrat.

In mehr als einer Hinsicht erscheint dieses Resultat sehr bemerkenswert, weil es nämlich den meisten Analysen widerspricht, die vor den Wahlen veröffentlicht wurden und die durchaus Anrecht auf Gültigkeit erheischen konnten: In einem Staat, in einer Gesellschaftsordnung, so wurde nämlich erklärt, in der keine „dramatische“ Situation zu verzeichnen ist, in der — grosso modo — die täglichen Probleme, welcher Natur auch immer, keine außergewöhnlichen, revolutionären Lösungen zu erfordern scheinen, in der der Staatschef, zumal auf außenpolitischem Gebiet, den „Konsensus“ -der Nation zu repräsentieren scheint, in der schließlich die „Stabilität“, gewährleistet durch die charismatische Gestalt *de Gaulles*, jede ernste Krise als widersinnig betrachten lassen mußte, hätte der Gaullismus, Träger der Ordnung *par excellence*, nicht viel zu befürchten.

Wenn sich diese Analyse zu einem großen Teil als unrichtig erwiesen hat, so deshalb, weil sie von einigen falschen Voraussetzungen ausgegangen ist: Die größte Fehlanalyse hat wahrscheinlich darin bestanden, die gewiß ungewöhnliche Persönlichkeit de Gaulles mit einer Bewegung, eben dem „Gaullismus“, zu identifizieren und von der Vorstellung auszugehen, daß durch eine Zauberformel auf die Dauer die wirklichen Probleme verdeckt werden könnten, die die Bevölkerung effektiv — und nicht nur am Rande der „historischen Sendung“ — interessieren.

Das Wahlergebnis vom März hat in diesem Sinne korrigiert, was angesichts der außerordentlichen Umstände, unter denen de Gaulle im Jahre 1958 zur Macht kam, mitunter verdeckt werden konnte: der gegenwärtige französische Staatschef ist nämlich, wie ein kluger Beobachter feststellte, wieder auf seinen „soziologischen Schwerpunkt“ zurückgefallen. Er hat, wie aus allen Wahlanalysen hervorgeht, im wesentlichen die Stimmen des konservativen Bürgertums erhalten, während es ihm, insbesondere in den Jahren, die mit der schweren algerischen Krise in Frankreich belastet waren, gelungen war, einen zum Teil tiefen Einbruch in die Reihen der Arbeiterschaft, der traditionellen Linken, zu erzielen.

Das Schlagwort der französischen Linken — „De Gaulle repräsentiert die französische Rechte“ — hat durch das Wahlresultat eine sehr eindeutige Bestätigung erhalten. In einer „normalen“ Periode, in der kein Staatsstreich putschistischer Generale zu befürchten, in der die faschistische OAS nur noch eine blasse Erinnerung war, hat sich,

langsam zwar, aber mit stetiger Sicherheit, eine Umgruppierung vollzogen, die die Wähler wieder, wenn man so sagen kann, zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren ließ.

II

Erleichtert und beschleunigt wurde dieser Prozeß, der bereits bei den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1965 bemerkbar wurde, wo General de Gaulle — wie ein ganz gewöhnlicher Kandidat — in die Stichwahl gehen mußte, durch ein Phänomen, das vor allem die Schlappe des Gaullismus erklärt: abgestimmt wurde nämlich im März nicht über die Außenpolitik des Generals, noch auch über die besonderen neuen Institutionen, die er Frankreich gegeben hat, sondern über seine Wirtschafts- und Sozialpolitik. In diesem Zusammenhang ist häufig ein Phänomen übersehen worden, das indessen für das gaullistische Regime seit seinem Beginn außerordentlich charakteristisch war: die Tatsache nämlich, daß es seit dem Jahre 1958 fast zu keinem Zeitpunkt — von einer kurzen Periode des Algerienkrieges abgesehen — zu einem „Waffenstillstand“ zwischen dem gaullistischen Regime und den Gewerkschaftsorganisationen gekommen ist.

Nicht zufällig: Man erinnere sich daran, daß General de Gaulle im Jahre 1958, als es darum ging, die „Linie“ der Wirtschafts- und Sozialpolitik festzulegen, *Antoine Pinay* zum Wirtschafts- und Finanzminister ernannte, einen Mann also, der, wie kein anderer, das konservative Element, ja den sozialreaktionären Kurs in Frankreich repräsentierte. Die erste Option de Gaulles, für die Pinay als der Garant erschien, war die der „Blockierung“ der Löhne im Namen der „Stabilität“. Die gleiche Politik ist mit dem Nachfolger Pinays, *Wilfried Baumgartner*, einem konservativen Erben der protestantischen Hochfinanz, fortgesetzt worden, und dessen Nachfolger, *Giscard d'Estaing*, direkter Beauftragter mächtiger Wirtschafts- und Finanzgruppen, hat auf diesem Gebiet natürlich keine neuen Einfälle gehabt: ebensowenig wie der „echte“ Gaullist *Michel Debre*, dem Giscard d'Estaing die Nachfolge überlassen mußte.

Wirft man einen Blick auf die französischen Statistiken dieser Jahre, so findet man den Niederschlag dieser Politik in einer Tatsache, die den Mißerfolg de Gaulles bei den Parlamentswahlen dieses Jahres besser erklärt als vieles andere: Frankreich war nämlich, neben Italien, das Land, in welchem in der Nachkriegszeit die weitaus größte Zahl von Sozialkonflikten zu verzeichnen war. Im Jahre 1966 allein — und dieses Jahr war in diesem Sinne nicht das charakteristischste — sind von den Gewerkschaftsorganisationen 69 Streikbefehle auf nationaler Ebene, vor allem im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie, erteilt worden, denen insgesamt etwa fünf Millionen Personen Folge geleistet haben. Im Rahmen einer Wohlstandsgesellschaft und im Zeichen der „Stabilität“, die immer wieder gepredigt wurde, erscheinen diese Ziffern bedeutend und sind jedenfalls charakteristisch für die Stimmung, die in Frankreich am Vorabend der Parlamentswahlen vom März herrschte.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die Kampfposition, in die die Gewerkschaften — zumeist unfreiwillig — gegen die Regierung geraten waren, entscheidend zu der Veränderung beigetragen hat, die sich auf der französischen Linken vollzogen hat und auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Vorerst jedoch diese Feststellung, die sowohl für die vergangenen Jahre charakteristisch als auch für die nahe Zukunft von Bedeutung ist: Die Tatsache, daß die gaullistische Regierung im Namen der „Stabilität“ der Wirtschaft, der Lohnblockade, der keine wirksame Blockierung der Preise entsprach, hat die „Integration“ der französischen Gewerkschaftsbewegung, von der so manche Gaullisten träumten, unmöglich gemacht: insbesondere hat sie jetzt die „linken“ Gaullisten, allen voran Professor *Rene Capitant*, zu einer Feststellung gezwungen, die in ihrer Weise die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer Haltung bestätigt hat: „Der Gaullismus“, so sagte nämlich dieser Vertreter des „sozialen Flügels“ der Regierungspartei, „hat

sich mit dem Konservatismus identifiziert." In einer Weise übrigens, wie hinzugefügt werden muß, die in Westeuropa als ziemlich einzigartig erscheint: nämlich die strikte Weigerung der gaullistischen Regierung, auf realistischer Basis mit den Gewerkschaftsorganisationen zu verhandeln, und die entsprechende Anweisung an die Unternehmerverbände, diese Haltung zu befolgen. Angegebenes Motiv für diese Haltung: In einer Zeit, da sich Frankreich im Hinblick auf die volle Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes bemüht, seine Industrie zu konzentrieren, um wettbewerbsfähig zu sein, kann sich das Land nicht den „Luxus“ gestatten, das Lohnniveau über ein „erträgliches“ Maß hinaus ansteigen zu lassen. Die Gewerkschaftsorganisationen hat de Gaulle um so weniger von der Richtigkeit dieser Politik überzeugen können, als die Haltung des Regimes gegenüber den Unternehmerverbänden immer sehr viel geschmeidiger gewesen ist.

III

Vv enn uns die sozialen und wirtschaftlichen Motive als der Hauptfaktor für die Schlappe des Gaullismus erscheinen, so sollen andere Faktoren nicht übersehen werden. In erster Linie ist ein Phänomen zu nennen, das man, mit einem Gesamtbegriff als die „Entzauberung“ des Gaullismus bezeichnen könnte. Die halbautoritären Regierungsformen, der bonapartistische Zug des Regimes, die Tatsache, daß alle Formen der modernen „Massenmediae“ von der Regierung mit Beschlag belegt wurden, der Anspruch des Staatschefs, die wichtigsten Probleme des Landes allein und selbstherrlich zu regeln, hatten in den letzten Jahren eine Art von Malaise geschaffen, das bis in die Reihen des Bürgertums hinein sehr sichtbar war. Der erste sehr deutliche Ausdruck dieser „Entzauberung“ war dann auch die Tatsache, daß General de Gaulle, dessen Regierungssystem auf der plebiszitären Methode beruht, Gegner und Widersacher fand, die aus dem Bürgertum stammen: ein Mann wie *Lecanuet* aus dem katholisch-konservativen Lager hat als Präsidentschaftskandidat im Dezember 1965 einen Erfolg erzielt, der aufhorchen ließ und der jedenfalls dem Ausschließlichkeitsanspruch de Gaulles, im Namen „der ganzen Nation“ zu sprechen, einen harten Schlag versetzte: 45 vH der Stimmen zu erhalten, ist ein Erfolg für einen „gewöhnlichen“ Kandidaten, aber wenig, und jedenfalls allzu alltäglich, für eine charismatische Persönlichkeit.

Ein anderer Faktor kam hinzu, der mehr und mehr das politische Leben in Frankreich beherrschte: angesichts des hohen Alters des Staatschefs wurde zunehmend das Problem der „Nachfolge“ erörtert, und zwar unter ganz bestimmten politischen Bedingungen. Würde nämlich, so fragte man sich, die Bewegung, die sich „Gaullismus“ nennt und die letzten Endes nur auf dem Prestige einer einzigen Persönlichkeit beruht, in der Lage sein, eine Organisation, ein „System“, Strukturen zu schaffen, die die Voraussetzung dafür bieten könnten, das geistige Erbe des Schöpfers auf solide Grundlagen zu stellen? In Frankreich hatte man lange gezögert, eine eindeutige Antwort auf diese Frage zu geben. Die einen sagten: die neuen Institutionen, die General de Gaulle geschaffen hat, die Stabilität seines Regimes, die Tatsache seiner Permanenz, das allmähliche Verschwinden der alten „politischen Klasse“ aus der Vierten Republik, ihre Ersetzung durch neue „gaullistische“ Notabein, würde sozusagen „objektiv“ dazu beitragen, einen „Gaullismus ohne de Gaulle“ zu schaffen, ein neues politisches Gebilde, das der Fünften Republik endgültig neue Züge verleihen würde.

Die Verfechter dieses Standpunktes sind sich heute ihrer selbst nicht mehr sicher, und sie sind gezwungen, jenen Gehör zu schenken, die ziemlich unterschiedliche Überlegungen anstellen — wenn auch de Gaulle, so sagen nämlich die Verfechter dieser Auffassung, neue Institutionen, insbesondere neue Gewohnheiten, in Frankreich eingeführt hat, die vor allem auf die Abwertung des Parlaments, auf die Verstärkung der Exekutive hinauslaufen (ein Phänomen, das in anderer Form übrigens in den verschieden-

sten Ländern zu verzeichnen ist), so ist ihm eins jedenfalls nicht (oder nur unvollständig) gelungen: nämlich die gaullistischen Notabein fest zu verankern und, vor allem, eine „Bewegung“, eine Massenorganisation gaullistischer Observanz zu schaffen, die den „Gaullismus“ als solchen perpetuieren könnte.

Uns erscheint diese Feststellung unbestreitbar, und sie wird übrigens, wahrscheinlich sehr bewußt, von de Gaulle selbst immer dann bestätigt, wenn er, beispielsweise bei Wahlen, die Feststellung treffen muß, daß die „alten Gewohnheiten des früheren Systems“ immer wieder zum Durchbruch kommen und versuchen, sich Ausdruck zu verschaffen. Dieser „Vorwurf“ trifft in erster Linie die Gewerkschaftsorganisationen, die von ihren „alten Methoden“ nicht lassen können, aber er betrifft auch, und in steigendem Maße, die gesamte französische Gesellschaftsordnung, die sich in ihrer Vielfältigkeit Ausdruck zu verschaffen versucht, während de Gaulle den Begriff der „Vereinheitlichung“ durchzusetzen versucht.

Ein schwieriges Unterfangen: ein Mann wie Giscard d'Estaing, junge aufstrebende Persönlichkeit des „modernen“ konservativen Bürgertums, der sich „taktisch“ zu den Gaullisten geschlagen hat, um für die „Nachfolge“ gut placiert zu sein, erträgt immer weniger die Intoleranz der selbstherrlichen Ukase, und er glaubt ganz offensichtlich nicht an die Permanenz des „Gaullismus“. Obwohl er zu der so schwach gewordenen Regierungsmehrheit gehört, bereitet er systematisch seine eigenen politischen Strukturen vor, und seine Partei der „Unabhängigen Republikaner“, ohne die de Gaulle über keine Mehrheit im Parlament verfügt, betrachtet sich heute schon als die „Auffangorganisation“ für die gaullistischen Notabein an dem Tag, da diese ohne den „Vater“, ohne den Beschützer, bleiben werden.

Ein Mann wie Jean Lecanuet bemüht sich seinerseits, wenn auch mit geringerem Erfolg als Giscard d'Estaing, in einer „Partei der Mitte“ die künftigen politischen Strukturen zu schaffen, eben für die Zeit des „Post-Gaullismus“. Und in den gaullistischen Reihen selbst hat dieser Prozeß bereits sehr sichtbare Formen angenommen: so, wenn die konservativen Elemente um Premierminister *Pompidou* und *Christian Fouchet* sich hart mit den „linken“ Gaullisten bekriegen, so wenn in einem Wahlkreis Kandidaten des „Gaullismus“ offen ein Bekenntnis zum Kapitalismus ablegen, und in einem anderen Vertreter der offiziellen Doktrin als „Sozialschwärmer“ auftreten, wie von Premierminister Pompidou spöttisch festgestellt wurde. Der Streit um die Gewinnbeteiligung, um eine „soziale Politik“, der von den „linken“ Gaullisten entfacht wurde, ist in dieser Beziehung besonders charakteristisch für die Tatsache, daß heute allein die Person des Generals noch in der Lage ist, die Interessengegensätze, die ideologischen Verschiedenheiten und nicht zuletzt den Einflußkampf in den gaullistischen Reihen sehr mühsam zu überbrücken.

IV

Wenn in allen diesen Anzeichen ein Scheitern des „Gaullismus“ zu erblicken ist (die historische Persönlichkeit de Gaulles steht auf einem anderen Blatt), so ist auf einem anderen Flügel der französischen Gesellschaftsordnung dieses Scheitern noch sehr viel deutlicher geworden: wenn man sich nämlich daran erinnert, daß General de Gaulle auszog, um den „Parteihader“ zu überwinden, aber um insbesondere der Linken einen Platz innerhalb des „Gaullismus“ zuzuweisen, so gebietet die Objektivität die Feststellung, daß dieses Unternehmen bisher mit einem Mißerfolg geendet hat und daß für die Zukunft nur sehr geringe Aussicht für eine Wende besteht.

Was nämlich an dem Ausgang der Parlamentswahlen vom März so besonders charakteristisch erscheint, ist nicht die Tatsache, daß die Parteien der Linken insgesamt etwa 45 vH der Stimmen erhielten: mehr, als für die Gaullisten abgegeben wurden, obwohl diese Stimmenmehrheit im Parlament wegen des Kreiswahlrechtes keinen

adäquaten Ausdruck findet. Nicht das ist entscheidend, sei es auch nur deswegen, weil die französische Linke in der vor-gaullistischen Periode öfter eine höhere Stimmenzahl aufzuweisen hatte und weil fraglos eine Verlagerung der soziologischen Strukturen im Lande zu einer gewissen Schwächung der gesamten Linken geführt hat. Entscheidend vielmehr ist, daß der Gaullismus nicht verhindern könnte (und im Gegenteil in starkem Maße dazu beigetragen hat), daß die in der „Föderation der demokratisch-sozialistischen Linken“ vereinten nicht-kommunistischen Parteien, und Klubs, gemeinsam mit den Kommunisten ein Wahlbündnis abgeschlossen hatten, das den Gaullismus bis knapp an den Rand der parlamentarischen Minderheit gebracht hat.

Für Frankreich war dieses Bündnis das entscheidende Ereignis der letzten Jahre. Wenn man in Betracht zieht, daß in Frankreich, wie in anderen Ländern, eine Art von Abgrund zwischen der nichtkommunistischen Linken und den Kommunisten entstanden war, die jede Annäherung als utopisch erscheinen ließ, so wird man die Feststellung zu treffen haben, daß auf diesem Gebiet eine wesentliche Wandlung zu verzeichnen ist, der alle objektiven Beobachter die größte Bedeutung für die unmittelbare politische Zukunft Frankreichs zuweisen.

Nicht nur, weil es zu diesem Wahlbündnis kam, das letzten Endes als eine Art von Notwehr betrachtet werden konnte, denn ein getrenntes Auftreten der Linksparteien in der Stichwahl hätte deren Vertretung im Parlament in entscheidendem Maße vermindert und den Gaullismus entsprechend verstärkt. Viel symptomatischer muß es erscheinen, daß die sozialistischen Wähler im zweiten Wahlgang mit exemplarischer und in diesem Umfang nicht erwarteter Disziplin für die kommunistischen Kandidaten gestimmt haben, die im ersten Wahlgang vor den Kandidaten der nicht-kommunistischen „Föderation“ lagen, und daß umgekehrt die kommunistischen Wähler die gleiche Disziplin beobachtet haben.

De Gaulle als Förderer der Einheit zwischen Parteien, die vor noch nicht allzu langer Zeit in tiefer Fehde miteinander gelegen hatten? Genau das hat sich in Frankreich ereignet, und es steht fest, daß das Unbehagen über die gaullistische Sozialpolitik sowie die halbautoritären Regierungsmethoden des Gaullismus die Grundlage für dieses unerwartete Bündnis bildeten.

V

Handelt es sich da nur um ein Wahlbündnis, das die kommenden Monate nicht überleben wird? Dieser Einschätzung, die von einigen vertreten wird, stehen indessen gewichtige Einwände entgegen, die an dieser Stelle nur skizziert werden sollen: es steht nämlich fest, daß die Kommunisten, die ja bekanntlich von General de Gaulle nach dem Krieg in die Regierung aufgenommen wurden, wo sie bis zum Jahre 1947 blieben, um dann von dem Sozialisten *Ramadier* in der Atmosphäre des Kalten Krieges hinausbefördert zu werden, in ziemlich eindeutiger Weise aus dem politischen „Ghetto“ ausgebrochen sind, in dem sie seit dieser Zeit mehr oder minder eindeutig verblieben waren. Es ist darüber hinaus eine Tatsache, daß die Kommunisten, die nach de Gaulles Machtantritt im Jahre 1958 eine deutliche Schwächung erfahren hatten, sich seit dieser Zeit wieder sehr deutlich erholt haben, und es ist nicht ohne Interesse, die Feststellung zu treffen, daß die Kommunistische Partei bei den letzten Parlamentswahlen im Monat März über fünf Millionen Stimmen, etwa 22 vH der abgegebenen Stimmen, erhalten hat, während die nicht-kommunistische „Föderation“, die von den Sozialisten beherrscht wurde, etwa 20 vH der Stimmen für sich buchen konnte; der Rest der linken Stimmen kam der Vereinigten Sozialistischen Partei des früheren Ministerpräsidenten *Mendes-France* zugute.

Was zeigt dieses Stimmenverhältnis und welches ist seine politische Bedeutung? Zunächst, und unbestreitbar, daß der Kommunismus, aus welchen historischen Gründen auch immer, zu einem permanenten Phänomen der französischen Gesellschaftsordnung geworden ist, der sich seit seiner Abspaltung von der Sozialistischen Partei, die im Jahre 1921 erfolgte, mit wechselndem Erfolg in das politische Geschehen eingeschaltet hat. Wenn heute, nach den letzten Parlamentswahlen, zahlreiche Sozialisten und auch Vertreter der nicht-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, geneigt sind, an eine „Wandlung“ des Kommunismus zu glauben und demzufolge, wenn auch in fernerer Zukunft, an eine mögliche politische Koalition, sogar auf Regierungsebene und auf der Basis eines gemeinsamen Programms, was aus der politischen Sicht der Bundesrepublik einigermaßen unverständlich erscheinen mag, so deshalb, weil ihnen die politischen Perspektiven des französischen Kommunismus auf dieser „Linie“ zu liegen scheinen: es mehren sich die Stimmen derer, die der Überzeugung sind, daß der französische Kommunismus trotz der besonderen Sprachregelung, die ihn auszeichnet, im Begriff sei, sich, der Notwendigkeit seiner Aktionsmöglichkeiten und der Realität der neuen soziologischen Strukturen beugend, auf einen „reformistischen“ Weg zu begeben und, abgesehen von seiner mehr oder minder freiwilligen Rechtfertigung der sowjetischen Außenpolitik, seine Politik auf eine „Linie“ sozialer Strukturformen einzustellen, die sich von der sozialistischen Sicht nicht mehr in grundsätzlicher Weise unterscheidet. Es kommt, zahlreichen soziologischen Beobachtern zufolge, hinzu, daß die Struktur und das politische Denken dieser fünf Millionen Wähler heute kaum noch einem Sozialrevolutionären Konzept entspricht, sondern vielmehr der Ausdruck einer tief verankerten jakobinischen Tradition und eines „reformistischen“ Sehns nach besseren Lebensbedingungen ist.

Wie man auch diese Analyse werten mag, so kann für die Beurteilung der kommenden Geschehnisse in Frankreich kaum die Tatsache übersehen werden, daß das Wahlbündnis zwischen der nicht-kommunistischen Linken und den Kommunisten eine neue „Dynamik“ geschaffen hat, die weit über ein zeitweiliges Bündnis hinauszugehen scheint: wenn heute auf beiden Seiten die Notwendigkeit eines „gemeinsamen Programms“ erörtert und offen zugegeben, wenn gar, so insbesondere von kommunistischer Seite, die Perspektive einer gemeinsamen Linksregierung offen erwogen und diskutiert wird, so ist das, wie immer in absehbarer Zeit die Beziehungen zwischen den linken Organisationen sich gestalten mögen, als eine Art von Wende in Frankreich zu betrachten. Eine „Verbindungsgruppe“ zwischen den Parlamentsfraktionen der Linken, die verschiedene gemeinsame Gesetzesprojekte ausarbeiten und dem Parlament gemeinsam unterbreiten soll, ist der sichtbarste Ausdruck der neuen Lage, die in Frankreich geschaffen worden ist.

Eine Wende übrigens, die auf einem anderen Feld, und nicht dem unwichtigsten, ebenfalls beredten Ausdruck gefunden hat: denn es kann kaum als Zufall betrachtet werden, daß die französischen Gewerkschaftsorganisationen (von denen die kommunistischer Tendenz durchaus nicht als die radikalste, wenn auch als die einflußreichste erscheint) unmittelbar nach der Wahlschlappe der Gaullisten und dem Wahlerfolg der Linken zur „Aktion“ übergegangen sind: so, als hätten sie aus diesem Erfolg die Hoffnung geschöpft, die sozialreaktionäre Halsstarrigkeit der Gaullisten überwinden zu können und eventuell bald einen verständnisvolleren Gesprächspartner zu erhalten. Wie dem auch sei, so hat Frankreich Ende März und Anfang April in Lyon, in Saint-Nazaire, in Lothringen — in der chemischen Industrie, auf den Schiffswerften, in der Metall- und Automobilindustrie und im Bergbau — wieder sehr umfangreiche Streikbewegungen erlebt, die gewiß in erster Linie rein soziale Ursachen haben, die aber beflügelt schienen von der Hoffnung auf eine „Wende“ politischer Natur.

Wird diese Wende in Frankreich erfolgen? Der Gaullismus behält eine ganz knappe Mehrheit im Parlament, aber niemand meint, voraussagen zu können, daß er sie bis

zum Ende der Legislaturperiode bewahren wird. Daß das Ergebnis der Wahlen den „Gaullismus“ und zum Teil de Gaulle selbst „entzaubert“ hat, scheint schwer bestreitbar. Daß die französische Linke, mit all ihren Schwächen, aber beflügelt von der Gewerkschaftsbewegung, einen Auftrieb erfahren hat, ist ebenso unbestritten, wie aber auch unbestritten ist, daß dieser Auftrieb noch von zahllosen innen- und außenpolitischen Entwicklungen gehemmt und unterbrochen werden kann.

Es bleibt bei aller Ungewißheit über die künftige politische Entwicklung in Frankreich die Tatsache, daß der Gaullismus in einem gewissen Sinne erschüttert ist, in seiner „Doktrin“ und in seiner Permanenz: wenn nämlich am 5. März fast 38 vH der Franzosen für die von de Gaulle persönlich empfohlenen Kandidaten gestimmt haben, so vergesse man nicht, daß die „Übrigen“ ihre Stimme den Gefolgsmännern des General-Präsidenten verweigert haben. Und wenn Ziffern nicht allein, und nicht immer, ausschlaggebend sind, so sprechen sie doch manchmal eine sehr beredete Sprache.